

## **Dr. Burkhard Pohl (Bündnis 90/Die Grünen)** **Rede zum Haushalt 2010**

Meine Damen und Herren,  
der 1.1.2010 war ein schwarzer Tag für die Kommunen. Das so genannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ kam über uns und bedroht unsere kommunale Selbstverwaltung. Gewachsen sind dabei die Schulden. Ich halte fest: Lemgo wurden von der Bundesregierung zum Jahreswechsel insgesamt 1,5 Mio Euro genommen. 1,5 Millionen für die Unterstützung der Mövenpicks dieser Republik. 1,5 Millionen, die wir in Lemgo jetzt mühsam zusammenkratzen müssen, um den Nothaushalt zu vermeiden. Die Zeche zahlt die Bevölkerung.  
Man muss es immer wieder sagen: Die Bundesregierung hat nicht begriffen, welche Wirtschaftsleistung in den Kommunen erbracht wird, dass kommunale Daseinsvorsorge ein hohes Gut ist, und dass die Städte und Gemeinden unterstützt werden müssen.  
Das heißt: Wenn wir heute vom Sparen reden, dann hätten wir uns noch mehr sparen können: Nämlich etliche der hier vorliegenden Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt 2010 ist etwas Besonderes. Seit 2006 hatte Lemgo stabile Haushaltspläne verabschiedet. Dann machte die Finanzkrise die Einnahmen aus der Gewerbesteuer zunichte – mit dramatischen Folgen für alle Kommunen im Land.  
In mehreren Runden haben sich daraufhin Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen an einen Tisch gesetzt und über Sparvorschläge debattiert. Insofern trägt das letzten Montag verabschiedete Paket viele Handschriften.  
Und wir erkennen an, dass Bürgermeister und der Kämmerer, aus der Not heraus, diesen Weg recht erfolgreich gegangen sind.

Trotzdem ist uns Grünen bewusst: Politik darf nicht nur sparen – sie muss auch gestalten. Sonst macht sie sich überflüssig. In diesem Sinne haben wir in diesem Haushalt wichtige Akzente gesetzt:  
Wir freuen uns, dass auf grünen Antrag hin die Integration als eigenständige städtische Aufgabe auf den Weg gebracht ist. In Lemgo gibt es viele Beteiligte und viele einzelne Maßnahmen – jetzt geht es darum, all diese Anstrengungen auf städtischer Seite zu koordinieren und auszubauen.  
Wir freuen uns auch, dass wir kleine Schritte hin zu einer zukunftsfähigen Nahmobilität gehen. Eine Ampel in der City wird versuchsweise abgeschaltet, weitere könnten folgen. Neue Radverkehrsstreifen an der Bismarckstraße werden unsere Stadt wieder ein Stück fahrradfreundlicher machen. Die Nutzung der kurzen Wege in der Stadt bleibt eine Aufgabe – gerade in Zeiten des demografischen Wandels.  
Schließlich begrüßen wir die breite Zustimmung zur Einrichtung einer Stelle für Energieeffizienz bei städtischen Gebäuden. Damit bekennen sich Politik und Verwaltung zum Ziel des Klimaschutzes und anerkennen seine zentrale wirtschaftliche Bedeutung. Wir können die Bedenken einzelner Ratsmitglieder hier überhaupt nicht nachvollziehen, denn die Klimakrise ist *die* Herausforderung und Chance der nächsten Jahrzehnte.  
Halten wir es fest: Lemgo ist in Deutschland wegen seines Handballs bekannt. Danach aber kommen bereits die Energie- und die Verkehrspolitik: Die eigenproduzierte umweltfreundliche Stromversorgung der Stadtwerke – ein weithin ausstrahlendes Stadtbuskonzept – jetzt ein bundesweit gelobtes

Radverkehrskonzept am Innenstadtring: Lemgo ist lebenswert als Stadt des Klimaschutzes! Hierauf müssen wir aufbauen!

Ein anderes Aushängeschild sorgt für Streit: Sie wissen, ich spreche vom Kirchplatz St. Nicolai. Wir Grünen haben hier einen konstruktiven Vorschlag gemacht und den Beitrag der Stadt um die Hälfte senken helfen. Wir hätten erwartet, dass sich auch andere Fraktionen hier einbringen, angesichts der erregten Diskussionen im Vorfeld. Dem war nicht so.

Auch bei Lemgo Marketing sind wir Grünen aktiv geworden. Wir meinen: Wenn Sportvereine, Eltern und viele andere 20% Abschlag erleiden müssen, kann der Verein Lemgo Marketing doch nicht ausgenommen bleiben.

Wir sind zufrieden, dass auch durch unsere Intervention einige Kürzungen abgewiesen werden konnten, etwa bei den Kitas oder bei der Musikschule. Apropos Kitas: Wir haben in Lemgo ein bewährtes Beitragsmodell, das Geringverdienende besonders entlastet. Einige wollen dies jetzt verändern, und zwar von oben nach unten. Gegen diese Umverteilung zu Lasten der Weniger Verdienenden werden wir uns wehren.

Aus grüner Sicht ist aber auch einiges zu kritisieren.

Meine Damen und Herren,  
schon vor den Osterferien hatte eine große Haushaltskoalition von CDU und SPD über die Presse den Weg für den Haushalt freigemacht. Damit ging die Strategie einher, jegliche weitere Ergänzung am Sparpaket niederzustimmen. Wir halten dies für einen Fehler und eine Abkehr vom vorab beteuerten Willen zur Haushaltsdisziplin.

Wir Grünen haben bezifferbare Einsparvorschläge von 93.000 Euro in unseren Vorschlägen umgesetzt; weitere haben Sie abgelehnt. Aber sonst? Wo, meine Damen und Herren, sind Ihre konkreten bezifferbaren Vorschläge?

Wir hätten noch einiges mehr sparen können: Da sind zuerst die Investitionen. Niemand außer uns Grünen hat überhaupt nennenswerte Investitionen in Frage gestellt. Dabei wird außer Acht gelassen, dass jede Investition auch Folgekosten nach sich zieht.

Dies gilt zum Beispiel für den Straßenbau. Das Projekt Bunsenstraße wird in der Summe über 2 Mio Euro verschlingen, pro Jahr 40.000 Euro Abschreibung. Dies können wir uns nicht mehr leisten, wenn wir auch die nächsten Jahre sicher meistern wollen. Hier ist eine Verschiebung doch mehr als angebracht.

Auf der anderen Seite wurden unsere Bedenken gegen Streichungen bei den Unterhaltungsleistungen an Straßen und Gebäuden nicht ernst genommen. Dies ist leider ein ungedeckter Scheck – und ein finanzpolitischer Bumerang. Was man jetzt spart, muss man später umso teurer sanieren.

Kurz: Sie sparen an der Sanierung, aber wollen weiter bauen. Es heißt planieren statt sanieren. Das ist kurzsichtige Politik.

Nun sind noch einige schmerzliche Einschnitte vorhanden.

Schmerzlich für wen?

Da ist zunächst einmal die Jugend. Mit Jugendzentrum, Musikschule und Stadtbücherei werden gerade von Jugendlichen frequentierte Institutionen gekürzt. Dann die Kulturschaffenden und die Weiterbildung, Stichwort Volkshochschule.

Für besonders bedenklich halten wir die mangelnde Sensibilität bei der Einhaltung sozialer Standards. Dies ist nicht nur eine soziale und ethische Verpflichtung: Wenn wir heute an Sozialen Leistungen kürzen, haben wir morgen mehr an volkswirtschaftlichen Kosten zu tragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist eben keine Nebensache, bei der Vergabe von Postdienstleistungen auf sozialen Mindeststandards zu beharren. Wir haben dies gefordert, doch die anderen Parteien hielten dies für unnötig.

Und wir beharren auf der sozialen Ausgewogenheit im Wohnungsbau. Den Bewohnerinnen und Bewohnern der Dewitzstraße 4-6 droht der Verkauf ihrer Sozialwohnungen – so wollen es die Mehrheitsfraktionen.

Ich zitiere das Wahlprogramm der SPD Nordrhein-Westfalen zur Landtagswahl: „Eine besondere Rolle spielt der soziale Wohnungsbau. Dieser versetzt die Kommunen in die Lage, selbst auf die Herausforderungen des demographischen Wandels zu reagieren und nachgefragten Wohnraum auch anzubieten. Er muss weiterhin gefördert und vor Privatisierung geschützt werden.“

Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Wo bleibt da Ihr soziales Engagement? Warum ausgerechnet hier dieser Widerspruch zu einem wichtigen Grundsatz ihrer Parteilinie?

Auch die CDU ist bei der Dewitzstraße umgekippt und widerspricht dem Kämmerer.

Apropos Umkippen: Wir haben uns gewundert, wie plötzlich mancher seine Meinung geändert hat, frei nach dem Motto: Was kümmert mich mein Beschluss von gestern. Im Schulausschuss hat die CDU durch vorschnelle Anträge plötzlich die Schließung der Braker Hauptschule und der Grundschule Ost ins Gespräch gebracht hat und für erhebliche Unruhe gesorgt. Dies war ein Schlag ins Gesicht der dort geleisteten pädagogischen Arbeit und das hat der Hauptschule geschadet.

Überhaupt: Wenn es um die Finanzierung der Schulen geht, beobachten wir immer wieder verschiedene Standards:

Für die Grundschule Brake wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um dem Elternwillen entsprechend eine Fahrt in die 1,5 km entfernte Ostschule zu verhindern. Dies haben wir vorhin einstimmig beschlossen.

Doch wie steht es um die Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Brake? Sie sollen offenbar schnellstens zu anderen Schulen fahren, das nimmt man in Kauf. Und was ist mit den Förderschulen? Während wir uns in Lemgo erst an die Debatte zur Inklusion heranpirschen – wir Grünen haben deshalb für Ende Mai eine Sondersitzung beantragt –, werden auf Kreisebene Pläne zur Aufgabe des Förderstandortes Lemgo gemacht. Dann werden diese Schülerinnen und Schüler ins Kalletal oder anderswohin fahren. Meine Damen und Herren, wo bleibt da Ihr Widerstand für kurze Wege? Eine solche Umsetzung von Inklusion zu Lasten der Betroffenen werden wir nicht mitmachen, da sind wir uns mit der SPD einig.

Für uns Grüne heißt Schule der Zukunft: Wir müssen Schule neu denken, und wir müssen sie über die alte Viergliedrigkeit hinaus denken. Wir haben jetzt die Chance, neue Wege längeren gemeinsamen Lernens auch als Schulträger in Lemgo zu unterstützen. Wir sollten diese Chance nicht leichtfertig zu Lasten der Schülerinnen und Schüler wegschenken. Aber, das gilt auch: Wir brauchen dafür Unterstützung aus Düsseldorf.

Noch ein Wort an die BfL. Meine Herren, Sie haben sich weitgehend mit eigenen Sparvorschlägen zurückgehalten und gleichzeitig viele Vorhaben abgelehnt. Sie beauftragen zugleich die Verwaltung, weitere Sparmaßnahmen zu planen. Dies zeigt Ihr großes Vertrauen in die städtische Verwaltung, und das freut den Bürgermeister. Meine Herren, Politik heißt aber auch: Verantwortung übernehmen. Da vermisse ich Ihre Initiativen. Einige verstehen Kommunalpolitik offenbar als etwas, das auf Verwaltungsvorlagen reagiert, ohne eigene Ideen zu entwickeln. Wenn dieses Prinzip immer gelten würde, dann würde sich Kommunalpolitik selbst abschaffen.

Und, meine Damen und Herren von der FDP – bei Ihnen heißt es ja immer noch: Vorwärts in die Sackgasse! Dass Sie kein Rad fahren, dass Sie weiter Straßen bauen wollen – geschenkt. Das wussten wir schon vorher. Aber Sie zeigen sich bemerkenswert resistent gegen die Erkenntnisse der Finanz- und Wirtschaftsexperten: Sie wollten die Energieeffizienzberatung herauskürzen. Sie wollten keinen Passivhausstandard beim Stadtwerke-Neubau. Kein Klimaschutz, keine Spareffekte: So eine Politik nennt man dann wohl ineffizient.

Meine Damen und Herren,  
Wir sehen hier und heute Licht und Schatten.  
Insgesamt sind wir am Ende eines ungewöhnlichen Weges, und ungewöhnliche Situationen erfordern ungewöhnliche Maßnahmen: Dieser Haushalt steht im Zeichen der Enthaltbarkeit – wir Grünen greifen dieses Stichwort auf und werden heute mit Enthaltung stimmen. Unsere Entscheidung entspringt einer bewussten Abwägung: Wir möchten bei aller gezeigten Kritik das konstruktive Verfahren würdigen und Positives nicht blockieren. Wir werden den Bürgermeister und die große De-facto-Koalition daran messen, wie sie mit diesem Vertrauensvorschuss umgehen. Wir machen aber auch deutlich, dass einige Impulse in die falsche Richtung weisen. Für die Zukunft muss Lemgo schon 2011 dringend klare Akzente setzen – für den Wirtschaftsfaktor Klimaschutz, für eine angemessene Daseinsvorsorge, für eine zukunftsweisende Nahmobilität, für eine Schulplanung, die alle Schülerinnen und Schüler mitnimmt. Wir hoffen, dass der nächste Haushaltsplan hier die richtigen Impulse setzen wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.